Abend-Ausgabe.

Berliner Tageblatt.

Nr. 496. Berlin, Dienstag, den 23. Oktober 1883. XII. Jahrgang.

Politische Tagesübersicht.

Zwischen zwei Stühlen.

Professor Adolf Wagner hat die Kunst, sich zwischen zwei Stühle zu setzen, zu einer Art von Meisterschaft ausgebildet. Schon in der letzten Session des Abgeordnetenhauses machte er anerkennenswerthe Anläufe dazu, es mit allen Schattirungen der konservativen Partei zu verderben. Den Gemäßigten mißfielen seine sozialistischen Velleitäten, die Extremen stieß er mit seiner Feindseligkeit gegen das Centrum vor den Kopf.

In der Kommunalwahlagitation hat Herr Wagner die beiden Seiten seiner politischen Sonderstellung noch viel schärfer zum Ausdruck gebracht; selbst die Stöckerianer hielten es für das Beste, über die „Unterstützung", die sie von ihm erhielten, den Mantel des Vergessens auszubreiten. Das konnte indessen nicht hindern, daß der politisirende Universitätslehrer sich die Unzufriedenheit sehr ernsthafter politischer Kreise zuzog, auf welche er ohne Zweifel das höchste Gewicht legt.

Wenn er jetzt sich ins Gleichgewicht zu bringen sucht, indem er in einer vor den Thoren Berlins abgehaltenen Versammlung das Bündniß der Konservativen mit den Freikonservativen und dem rechten Flügel der Nationalliberalen als das einzige Heil bezeichnete, so wird ihm das an keiner der Stellen, auf die er wirken möchte, etwas helfen. Wenigstens kann von konservativen Abgeordneten strikter Observanz versichert werden, daß sie Herrn Professor Wagner sein auf eigne Faust aufgestelltes Zukunftsprogramm außerordentlich übel nehmen.

Den Freikonservativen muß es überlassen bleiben, wie sie sich mit dem ihnen entgegengebrachten Wohlwollen abfinden; was aber die Nationalliberalen anlangt, so wird es überall lebhaftes Erstaunen erregen müssen, daß ein Mitglied der konservativen Partei in ihrem jetzigen Bestande, d. h. unter der Herrschaft der Minnigerode und Stöcker, es überhaupt für möglich hält, etwas einem freundschaftlichen Verhältniß Aehnliches zwischen Liberalismus und Konservativismus anzubahnen.

---

* Die Organisation der Sicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle auf dem Boden genossenschaftlicher Korporationen ist kürzlich von der „Prov. Korr." als Vorarbeit für die Durchführung des Gedankens allgemeiner berufsständischer Vereinigungen der durch gleichartige Verhältnisse auf einander Angewiesenen bezeichnet worden. Oft schon habe der Mangel bestimmter Abgrenzung und praktischer Verdeutlichung der zu erreichenden Ziele auch den berechtigtsten, auf gleicher Grundlage ruhenden korporativen Bestrebungen empfindliche Schwierigkeiten und Hemmnisse bereitet. Diese Auffassung würde eine gewisse innere Berechtigung haben, wenn in der That die genossenschaftlichen Verbände, welche zur Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle gebildet werden sollen, eine geeignete Grundlage für die Lösung der weiteren sozialpolitischen Reformen bieten würden. Bezüglich der Alters- und Invalidenversicherung haben die Motive zu dem letzten Unfallversicherungs-Entwurf das gerade Gegentheil behauptet. Und mit Recht. Die Aussonderung derjenigen Industriellen, in deren Betrieben die Arbeiter Betriebsunfällen ausgesetzt sind, wird bei der Regelung der Alters- und Invalidenversorgung nicht aufrecht erhalten werden können. Es würden also zu den verschiedenen Zwecken der Arbeiterversicherung gegen Krankheit, Betriebsunfälle, Alter und Invalidität auch nach ihrer Zusammensetzung verschiedene Berufsgenossenschaften gebildet werden müssen, worin Niemand eine Zusammenfassung der lebensfähigen Kräfte der Nation würde sehen wollen. Berufsgenossenschaften, wenn sie nicht lediglich Interessen-Koalitionen sein sollen, können nicht durch Zwang zu bestimmtem Zweck gebildet werden, sondern nur zur gemeinschaftlichen Wahrung der Rechte und behufs Erfüllung der Pflichten der Industriellen. Diese Ueberzeugung gefördert zu haben, ist das Hauptsächlichste, wenn auch nur negative Verdienst des zweiten Entwurfs des Unfallversicherungsgesetzes. Auch der Natur des Zweckes nach ist die Unfallversicherung völlig getrennt zu behandeln, sowohl von der Kranken-, als von der Alters- und Invaliditätsversicherung. Krankheit und Arbeitsunfähigkeit ist allen industriellen Arbeitern gemein; Betriebsunfälle aber sind die untrennbare Folge gewisser Betriebsunternehmungen; die Sicherung der Arbeiter gegen dieselben ist demnach lediglich Sache der Betriebsunternehmer; die Ausgaben für dieselben gehören in die Kategorie der Betriebsunkosten. Wie diese zu decken sind, ist Sache der Unternehmer. Der Staat hat seine Aufgabe erfüllt, wenn er die Verpflichtung zur Tragung derselben gesetzlich statuirt.

---

* Die „Hallesche Zeitung" will von einem Zerwürfniß zwischen dem Herzog von Coburg-Gotha und dem Thronfolger, dem Herzog von Edinburg, Kenntniß haben. Ein Ball, den die Herzogin von Edinburg an ihrem Geburtstage im Spiegelsaal des Hoftheaters gegeben, soll die Veranlassung zu dem Konflikt geworden sein, der hoffentlich kein allzu tragisches Ende nehmen wird. Bei den Einladungen nämlich, so erzählt die „Hall Zeitg.", waren zwei dem Hofe nahestehende Damen — trotz der Intervention des in Tirol weilenden Herzogs — übergangen worden. Die Nichtachtung seiner Vermittlung hatte den Herzog zu dem telegraphischen Befehle an sämmtliche Kavaliere und Hofbeamten bewogen, daß sie dem Balle fern zu bleiben hätten. Man befürchtet nun den Wegzug des herzoglich Edinburgischen Hofes und damit empfindliche materielle Einbuße für unsere Stadt. Der Herzog und die Herzogin von Edinburg sind mit ihren Kindern nun am Sonnabend nach Darmstadt abgereist, welcher Umstand wohl ebenfalls einen Anhaltspunkt für die vorstehenden Ausführungen bildet.

---

* Ueber den Untergang des Hamburger Postdampfers „Aline Woermann" an der holländischen Küste wird uns noch aus Hamburg vom 22. d. geschrieben: „Das der hiesigen Rhederfirma C. Woermann gehörende westafrikanische Postdampfschiff „Aline Woermann", Kapitän Braumann, ist, wie man nunmehr mit Sicherheit weiß, an der holländischen Küste bei Terschelling gestrandet, nachdem es am 16. d. von Curhaven aus in See gegangen war. Leider scheint die gesammte Besatzung und mit ihr die vier Kajütspassagiere, unter denen zwei Missionäre sind, den Tod in den Wellen gefunden zu haben. Zwei Leichen von Seeleuten, ferner 4 Faß Pulver, 5 Faß Spiritus und 3 Bund Stahlholz trieben am 19. d. M., dem Tage nach dem heftigen Sturm, bei Terschelling an. Am 20. wurden ferner ans Land gespült einige Photographien, worunter ein Damenportrait mit der Bezeichnung „Zur Erinnerung, überreicht am 15. Oktober 1882 in Hamburg", sowie ein Stück Planke, auf welchem sich mit Bleistift geschrieben der Name „Joh. A. Roop, Hamburg" befindet. Da kein Mensch bei der Katastrophe davongekommen zu sein scheint, wird man über den Verlauf derselben schwerlich je Einzelheiten erfahren.

Briefe aus Spanien.*)

(Von unserem Spezial-Berichterstatter.)

Madrid, 18 Oktober.

Wiewohl die Beleidigung, die der junge König von Spanien in Paris erfahren hat, als ein heikler Gegenstand diplomatischer Unterhandlungen zwischen Madrid und Paris fallen gelassen zu sein scheint, so ist ihre politische Tragweite in Spanien doch noch keineswegs verflogen. Man hört noch überall davon sprechen und es ist unzweifelhaft, daß sich der König gratuliren kann, durch seine Ernennung zum deutschen Ulanen-Oberst ein so lebhaftes Interesse bei seinem Volke wachgerufen zu haben. Der Ulan ist auf einmal in Frankreich und in Spanien ein populärer Begriff geworden, in dem sich politische Tendenzen dies- wie jenseits der Pyrenäen ausdrücken. In Paris ist unter dem Titel „Der Ulan" gerade am Tage der Ankunft des Königs Alfons in dieser Stadt ein Journal gegründet worden, das in der gemeinsten Weise für die Revanchepolitik hetzt und auf den König von Spanien losschlug, um damit seine Freundschaft mit Deutschland zu treffen. Das saubere Blatt versprach auch sogleich einen Roman von seiner zweiten Nummer an, dessen Titel: „un roi qui bat sa femme" (Ein König, der seine Frau prügelt) genugsam verrieth, weß Geistes Kind er sein sollte.

In Barcelona ebenso sah ich ein neu gegründetes Blatt unter dem Titel „El hulan", und hier in Madrid verkauft man wieder ein anderes, hier geborenes. Die Sache ist weiter nicht von Wichtigkeit, als daß sie die politische Bedeutung charakterisirt, die der König durch seine Ernennung als Chef eines deutschen Regiments gewonnen hat. Wie gesagt, nur zu seinem Vortheil und zu seinem Glück. Vorher war er in den Augen der Spanier der Rey, der auf dem Throne saß, aber seinem Volke stand er in keiner Weise näher. Jetzt ist er plötzlich der Repräsentant der Würde und der Ehre des Landes geworden und seine Haltung in Paris gegenüber der ihm angethanen Beleidigung hat ihm die allgemeinen Sympathien und selbst in den Reihen der Radikalen und Republikaner eine große Achtung erworben, die zunächst der Ruhe Spaniens zu gute kommt.

Darf ich zusammenfassen, was ich an politischen Aeußerungen der verschiedensten Art aus dem Munde intelligenter Spanier bisher vernommen, so stand es eigentlich mit der Herrschaft des Königs Alfons vor dem Pariser Ereigniß so schlecht als möglich. Die bekannten Revolten waren nur zu früh losgegangene Petarden, welche dem Königthum Alfons' XII. wieder ein Ende bereiten sollten. Ihre schnelle Unterdrückung und der geringe Anklang, den sie in der Armee fanden, bewies allerdings, daß sich die Republikaner und Zorilla überhaupt bezüglich der Stimmung im Lande stark verrechnet hatten. Würden die Pronunciamentos sich nur gegen Martinez Campos, den vielgehaßten Kriegsminister, gerichtet haben, so würden sie, verschiedentlich, populäre Unterstützung gefunden haben, während man für den Ruf nach der Republik in der Armee keineswegs empfänglich ist.

Martinez Campos ist verhaßt bei der Armee, weil er den karlistischen Offizieren höhere Grade in derselben verlieh und damit das Avancement der übrigen stark beeinträchtigte, ebenso, weil er einen Generalstab bildete, dessen Mitglieder durch hohe Gehälter an das monarchische Interesse fester gebunden wurden. Andererseits aber sind die spanischen Soldaten jetzt nicht mehr so wie sonst für politische Parteinahmen und Schilderhebungen empfänglich; denn statt der zehnjährigen Dienstzeit, wie früher, haben sie nur noch eine kaum dreijährige, und damit ist ihnen auch die Lust verloren gegangen, ihren Kopf für Revolutionen aufs Spiel zu setzen, die ihnen als Soldaten sonderlich vortheilhafte Aussichten nicht mehr bieten.

So fanden also die republikanischen Agitationen in der Armee wenig Boden, und vollends verlor sich die Empfänglichkeit in derselben dafür, als man merkte, daß der König Alfons, so jung er war, doch nicht der Mann zu sein schien, seinen Posten ohne muthige Vertheidigung preis zugeben. Man hörte, daß er geschworen habe, lieber an der Spitze der ihm treuen Truppen zu fallen, als vor einer Schilderhebung die Flucht zu ergreifen. Muth war es ja auch, starkes Selbstvertrauen, daß er sich trotz der Gährung im Lande und der allerdings kläglich verlaufenen Schilderhebungen nicht abhalten ließ, nach Deutschland zu reisen. Und dann sein ebenso besonnenes wie würdiges Benehmen in Paris, wodurch sich vollends die Stimmung in seinem Lande zu seinen Gunsten änderte! Er verlangte seine Genugthuung von Grevy, weil seine Nation „empfindlich und stolz" sei, ein Wort, womit er sich zum Vertreter der spanischen Nationalehre machte, dem alle Parteien ihren Beifall und ihre Genugthuung nicht versagen konnten. Der Spanier spielte einmal wieder eine Rolle auf dem Weltitheater und in einer Ehrensache; der deutsche Ulan legte gewissermaßen seine Lanze für Spaniens nationale Würde ein. In Bayonne oder Biarritz, wo sich gewöhnlich die spanischen Parteiführer zusammenfinden, wenn sie etwas spanische Geschichte planen, waren die Republikaner eben in Berathung darüber, wie sie die Rückkehr des Königs demonstrativ begrüßen sollten. Sie ließen alle ihre Absichten fallen, als sie den Vorfall in Paris erfuhren und die Begeisterung voraussahen, mit welcher das spanische Volk Alfons XII. wegen seiner Haltung empfangen würde. Die Kräftigung der Monarchie ist somit die Folge einer ersten selbstständigen Handlung des Königs Alfons gewesen.

Die Ministerveränderung, welche gleich nach der Rückkehr des Königs stattfand, wird nicht minder auf direkte Einflüsse desselben zurückgeführt. Sie war eine von dem Monarchen mit Sagasta schon beschlossene Sache, als er seine Reise nach Deutschland antrat, und zwar deshalb, weil er den Forderungen der entschieden liberalen Partei mehr Rechnung tragen wollte, um den wühlenden Republikanern ein Paroli zu bieten. Der Vorfall in Paris beschleunigte die Krisis, da durch Vega de Armijo, den Minister des Auswärtigen, eine so schroffe Stellung gegen Frankreich bewirkt wurde, wie sie weder dem Könige, noch der liberalen Partei gefiel, der er doch gerade die Regierung übergeben wollte. Es ist durchaus nicht der Fall, daß man in Spanien Lust hatte, mit Frankreich, obwohl man ihm die Aufnahme des Königs bitter nachtrug, auf einem politisch gespannten Fuß zu leben, oder sich gar in auswärtige Verwicklungen einzulassen. Das neue Kabinet sollte nach innen wie nach außen eine versöhnliche Tendenz haben. Sagasta, der den Ruf eines Intriganten hat, gab sich nicht viel Mühe, ein neues Ministerium mit der Linken zu bilden; er traute ihm wohl keine lange Lebensdauer zu. Statt seiner übernahm sein Freund und Parteigenosse Posada-Herrera diese Aufgabe, ein Mann, der wegen seiner ehrlichen Ueberzeugungen in allgemeiner Achtung bei seinen Landsleuten steht. Die Mehrzahl der neuen Minister gehört der dynastischen Linken an, einer Partei, welche für eine Allianz

*) Angesichts des besonderen Interesse, welches die Vorgänge auf der iberischen Halbinsel in jüngster Zeit für uns gewonnen, haben wir uns entschlossen, Herrn Dr. Schmidt-Weißenfels als Spezial-Korrespondenten nach Spanien zu entsenden. Wir veröffentlichen hiermit den ersten Brief unseres Vertreters, der in lebensvoller Darstellung seine ersten Eindrücke in der spanischen Welt zur Darstellung bringt.
Die Red. des Berl. Tagebl.

Nachklänge der kommunalen Wahlbewegung.

* Die Kommunalwähler des 14. und 15. Wahlbezirks ohne Unterschied der Parteistellung waren auf Einladung des Arbeiter-Wahlkomitees gestern Abend im Neuen Gesellschaftshause, Kottbuserstraße 1, versammelt. Es mochten an anderthalb Tausend Menschen im Saale sein. Herr Görcki setzte zunächst die Bedeutung der Stichwahlen auseinander und kündigte eine Reihe von Protesten an, weil zahlreiche Wahlbeeinflussungen vorgekommen seien. An den Stichwahlen sollen die Arbeiter sich nach Herrn Görckis Rath nur in so weit betheiligen, als Kandidaten ihrer eigenen Partei dabei interessirt sind, um alle übrigen Stichwahlen sich aber nicht bekümmern. Denn wenn auch in früheren Versammlungen die Parole ausgegeben worden: „Lieber zehn Juden, als einen Stöcker!" — so dürften die Arbeiter doch nicht vergessen, daß sie eine eigene Partei bildeten, wenn ihnen auch die Fortschrittspartei in politischem und die Bürgerpartei in wirthschaftlichem Betracht näher stehe. Die Arbeiter-Partei, fuhr Herr Görcki fort, wird nie mit ihrer Ueberzeugung schachern gehen, darum bleibt sie für sich. (Stürmischer Beifall.) Wir werden bei den Stichwahlen den Vorgängen im Wahllokal größere Aufmerksamkeit zuwenden müssen; dort sind am ersten Tage Beeinflussungen vorgekommen, die man gerade der liberalen Partei zum Vorwurf machen muß. In vielen Bezirken wurde unsern Wählern gesagt: den dürfen Sie nicht wählen, der ist nicht Hausbesitzer; dazu hat kein Wahlvorstand das Recht. Im 17. Wahlbezirk, wo der Stadtverordnete Richter mit einer Stimme Majorität gewählt ist, hat ein Gehilfe für seinen Meister in liberalem Sinne gestimmt, und als nach Schluß des Wahlaktes ein nicht eingetragener Wahlzettel auf dem Tisch gefunden wurde, erklärte ein Herr des Vorstandes, er entsinne sich, daß dieser Wähler für Richter gestimmt habe, und sofort wurde diese Stimme Herrn Richter zugeschrieben. Ueber alle diese Unregelmäßigkeiten, die eidlich bekräftigt werden können, habe das Arbeiter-Wahlkomitee der Staatsregierung eine Eingabe zugesandt. Herr Görcki schloß mit folgender Mahnung: In den Bezirken, wo wir in der Stichwahl stehen, ihne Jeder seine Schuldigkeit. Wo wir nicht mitzusprechen haben, da enthalte man sich der Wahl, da spare man seine Kraft für spätere Tage heißen Ringens. Wer aber durchaus wählen muß, der frage sich selbst, welchem Kandidaten er seine Stimme geben soll.

Hierauf sprach Herr Tutzauer. Seiner Meinung nach würden wenigstens vier bis fünf Arbeiter-Kandidaten in die Stadtverordneten-Versammlung kommen. Von Herrn Dr. Langerhans habe er bis jetzt vergeblich die Erklärung erwartet, daß er seine Wahl nicht annehme, weil man die auf seinen Gegner Kreuß gefallenen Stimmen für ungiltig erklärt habe. Auch Herr Tutzauer spricht von Unregelmäßigkeiten bei der Wahl; so habe man einen Arbeiter dadurch ganz verwirrt gemacht, daß man von ihm verlangte, er solle den Namen seines Kandidaten buchstabiren.

Der weitere Verlauf der Versammlung gestaltete sich ziemlich kunterbunt. Die schon erwähnte, bis jetzt noch in eine Art Geheimniß gehüllte Thatsache, daß die Herren Kreutz und Ewald Hauseigenthümer seien, erregte, als Herr Görcki sie mittheilte, ungeheuren Jubel. Dann gingen die Meinungen ziemlich hin und her, ob man sich bei den Stichwahlen auf diese oder jene Seite stellen solle. Küster Schnürpel tritt unter großer Unruhe und Heiterkeit für ein Zusammengehen der Arbeiter- mit der Bürgerpartei ein. Er sei kein Freund von Kompromissen, aber bei Stichwahlen sei es praktisch, daß man sich kompromittire. (Rufe: Bravo! Kompromittiren ist sehr gut! Oller Jesuiter!) Die Bürgerpartei stehe den Arbeitern viel näher, als die Fortschrittspartei. — Große Sensation erregte die dann folgende Verlesung eines Artikels in dem antisemitischen „Residenzblatt", der die gemeinsten Verleumdungen gegen den Arbeiterführer Görcki enthält, Verleumdungen, gegen welche der Betroffene bereits die Hilfe der Gerichte angerufen. — Herr Zweig (Fortschrittler), der diesen Artikel zur Verlesung brachte, warnte unter ungeheurem Beifall dringend vor einem Zusammengehen mit der Bürgerpartei. — Görcki wendet sich in heftigen Worten gegen den antisemitischen Agitator Schuster Schröder, der in öffentlicher Versammlung gegen ihn als Denunziant aufgetreten; ein anderes Mitglied der Bürgerpartei erklärt, daß der Renegat Schröder durchaus nicht die Sympathie der Bürgerpartei besitze. — Arbeiter Lewy bittet, die Fortschrittspartei als das kleinere Uebel anzusehen und für diese bei Stichwahl einzutreten. — Herr Rosenthal (Kandidat der Arbeiterpartei): Er und ein Kollege sind in einer Versammlung der Bürgerpartei Hottentotten und Zulukaffern genannt worden; mit dieser Partei seien Verhandlungen unmöglich. „Wir bleiben," fuhr er fort, „unserm Prinzip treu, wir schließen mit keiner Partei Kompromisse, denn wir wollen und nicht — wie Herr Schnürpel bemerkte — kompromittiren." — Nach einer erheiternden Auseinandersetzung zwischen Herrn Zweig und dem Küster Schnürpel, bei welcher der Letztere gehörig abgeführt wird, gelangte folgende von Herrn Görcki eingebrachte Resolution zur einstimmigen Annahme: Die heute zahlreich besuchte Kommunalwähler-Versammlung erklärt:

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. November eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

zum Preise von 4 Mark 50 Pf. für das Vierteljahr.

Wir bitten unsere geehrten Leser, ihre Bestellungen baldigst bei den Postanstalten oder bei unseren Kolporteuren machen zu wollen, damit in der Zusendung keine Unterbrechung eintritt.

Die Expedition des Berliner Tageblatt.